

Gemeinde Steinhagen



Beschluss

des Rates vom 15.09.2021

Öffentliche Sitzung

zu 10.:

Antrag der SPD-Ratsfraktion im Rat der Gemeinde Steinhagen vom 22.03.2021, dem Städtebündnis „Städte Sicherer Häfen“ beizutreten.

VL-215-2020/2025

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Steinhagen beschließt, dem Bündnis „Sicherere Häfen – Seebrücke“ mit den erklärten Punkten 1.) und 2.) beizutreten.

1. Öffentliche Solidaritätserklärung

Der Rat der Gemeinde Steinhagen erklärt sich mit den Menschen auf der Flucht und den Zielen der SEEBRÜCKE solidarisch und positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf dem Mittelmeer.

2. Aufnahme zusätzlich zur Quote

Die Gemeinde Steinhagen stellt eine schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus Seenot geretteten Menschen im Rahmen der jeweils aktuell verfügbaren Unterbringungs-kapazitäten sicher. Sie erklärt sich bereit, **10** aus Seenot gerettete Menschen, beispielsweise von einem zivilen Seenotrettungsboot, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote asylsuchender Menschen. Hierzu wird ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Inneres und Sport, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und dem Bundesland Nordrhein-Westfalen hergestellt.

Beratung:

Herr Steinmeier beantragt, diesen Tagesordnungspunkt zur erneuten Beratung wieder in den Ausschuss für Generationen, Arbeit, Soziales und Integration zu verweisen. Er begründet dies damit, dass die Beschlussvorlage für die Ratssitzung inhaltlich von der Beratungsvorlage des Fachausschusses abweicht. Die übrigen Mitglieder des Rates stimmen einvernehmlich der Verweisung des Tagesordnungspunktes in den Fachausschuss zu.